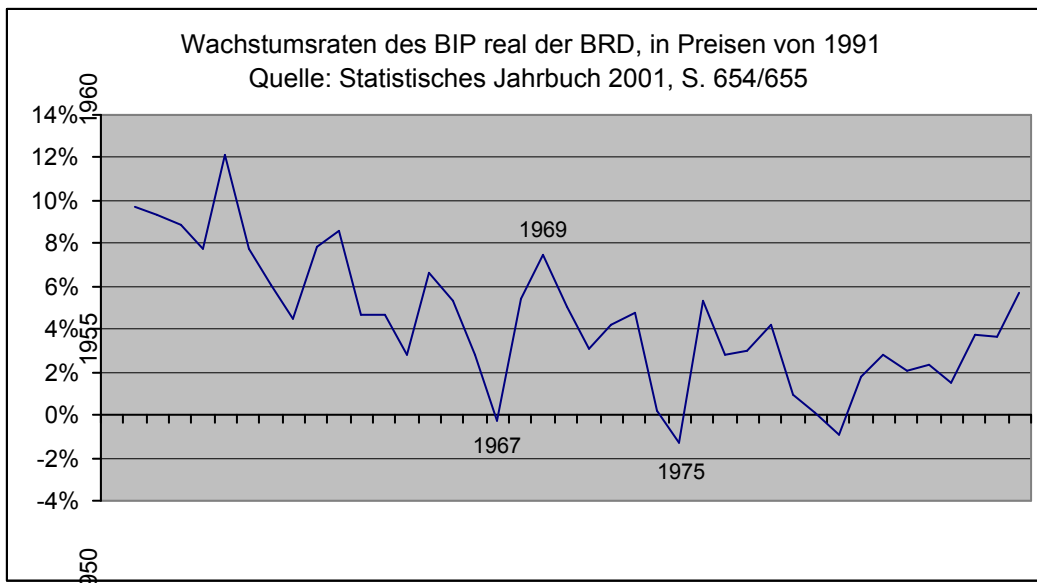


Der kleine Haken der keynesianischen Konjunkturprogramme

Ulrich Schäfer hat mit seinem Kommentar "Der letzte Schluß" in der Süddeutschen Zeitung "sueddeutsche.de" vom 12. 01. 2009 wesentliche Aspekte der keynesianischen Konjunkturprogramme auf den Punkt gebracht:

"Es ist ein Satz für die Geschichtsbücher, den Richard Nixon, der 37. Präsident der Vereinigten Staaten, im Januar 1971 von sich gab: "We are all Keynesians now" - Wir sind jetzt alle Keynesianer. Wir: Damit meinte Nixon die führenden Industrienationen. Sie alle folgten Anfang der 70er Jahre den Lehren des britischen Nationalökonom John Maynard Keynes; sie alle versuchten, die Konjunktur mit öffentlichen Ausgaben anzuschieben. In Deutschland führte SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller virtuos vor, wie diese "Globalsteuerung" funktioniert. Nur ein paar Jahre später, als die Staaten in Schulden versanken, verschwand die Begeisterung für Keynes. Doch in der jetzigen Krise ist der beherzte Eingriff des Staats wieder en vogue. Erneut könnten die Regierungen in Berlin und Washington, Paris und London, in Tokio und, ja, selbst in Peking behaupten: Wir sind jetzt alle Keynesianer. Die Politiker haben jene Überzeugung über Bord geworfen, dass ein sparsamer, möglichst ausgeglichener Etat die entscheidende Voraussetzung ist für mehr Wachstum und mehr Jobs. Und so pumpt die Politik nun Summen in die Wirtschaft, die vor kurzem als unvorstellbar galten: Bis zu 1,3 Billionen Dollar will Barack Obama in sein Konjunkturpaket stecken, 460 Milliarden Dollar nimmt China in die Hand, ein Programm über 50 Milliarden Euro wird die Bundesregierung an diesem Montag beschließen. Anders als vor vier Jahrzehnten bekennt sich kaum ein Politiker offen zu Keynes. Dabei hätte gerade die große Koalition ein Vorbild: Karl Schiller und sein wichtigster Mitstreiter, CSU-Finanzminister Franz Josef Strauß. Gemeinsam boxten "Plisch und Plum" 1967 die ersten beiden Konjunkturprogramme der bundesdeutschen Geschichte durch. Die erste Große Koalition investierte mehrere Milliarden Mark in Schulen oder Straßen und trug so dazu bei, dass die Wirtschaft bald wieder um über sieben bis acht Prozent wuchs."

Es ist richtig, daß nach der Juglarkrise 1967 mit einer Wachstumsrate des BIP real von -0,3%, im folgenden Jahr ein Anstieg auf 5,5% und bis zum Jahr 1969 sogar ein Anstieg auf 7,5% folgte. Die Behauptung, daß diese wirtschaftliche Erholung durch die Politik von Karl Schiller und Franz Josef Strauß verursacht wurde, kann nicht widerlegt werden. Aber es ist auch richtig, daß nach diesen beiden Jahren des steilen Aufschwungs ein mehrjähriger Absturz der Wachstumsraten des BIP von 7,5% auf -1,3% im Jahr 1975 folgte. Siehe nachstehendes Diagramm:



Karl Schiller gehörte dem ersten Kabinett von Bundeskanzler Willy Brandt als Bundesminister für Wirtschaft an. Nach dem Rücktritt des Bundesfinanzministers Alexander Möller am 13. Mai 1971 wurde er zum Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen ernannt. Von diesem Amt trat er am 7. Juli 1972 aus Protest gegen die von Bundeskanzler Brandt getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zurück und schied damit aus der Bundesregierung aus. Am 2. Juli 1972 legte er schriftlich seine Rücktrittsmotive nieder: "Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut." Damit meinte er die zunehmende Staatsverschuldung, die der Bundeskanzler nicht bereit war zu reduzieren. Das Jahr 1972, in welchem Karl Schiller aus der Bundesregierung ausschied, war das Jahr in der Mitte des starken Abschwungs zwischen 1969 und 1975. Die Staatsverschuldung war enorm angewachsen, d.h. die keynesianischen Wirtschaftspolitik war erfolgreich, die übermäßige Staatsverschuldung zur Ankurbelung der Wirtschaft war erreicht, aber der Abschwung war in vollem Gang. Wie seit mehr als 150 Jahren folgte **auch auf den Juglar-Aufschwung 1967 bis 1969** der nächste Juglarabschwung. Man kann zwar behaupten, daß wir den Aufschwung zwischen 1967 und 1969 der Politik von Karl Schiller und Josef Strauß zu verdanken haben, wären aber die Aufschwünge in der Vergangenheit jeweils durch diese oder jene führende Politiker des Staates oder der Zentralbank herbeigeführt worden, dann hätte es einen ständigen Wechsel der richtigen und falschen Wirtschaftspolitik in Zyklen von 3 bis 12 Jahren gegeben. Also regelmäßig etwa ein- bis zweimal im Jahrzehnt wäre die unfähige durch die fähige Wirtschaftspolitik abgelöst worden. **Die Aufschwünge wären erklärt als Fähigkeitszyklen, und die Abschwünge als Unfähigkeitszyklen der Politik des Zentralstaates.** In allen großen kapitalistischen Staaten der Erde nahezu gleichzeitig würden sich in diesem Rhythmus die Fähigkeiten der Zentralregierungen umkehren.

In den letzten 5 Jahrzehnten gab es Versuche vieler Staaten mit Hilfe keynesianischer Konjunkturprogramme die Wirtschaft anzukurbeln, d.h. es wurden mit stark wachsender Verschuldung des Staates Investitionsprojekte finanziert um damit die volkswirtschaftliche Nachfrage zu stärken, darunter Versuche des japanischen Staates mit Ultra-Staatsverschuldung, und - wie oben beschrieben - auch Versuche des deutschen Staates unter Federführung von Schiller und Strauß. Die Erfahrung aber hat gezeigt, daß die Krisenzyklen **auch nach dem 2. Weltkrieg** sich wie eh und je wiederholt haben, und daß sie auch nicht signifikant geglättet werden konnten.

Man kann also feststellen, daß die Annahmen der Keynesianer nicht mit der praktischen Erfahrung bzw. nicht mit den Verhältnissen in der realen Welt übereinstimmen – und es ist dies der erste kleine Haken der keynesianischen Konjunkturprogramme.

Wie steht es nun mit der keynesianischen Theorie? Es fragt sich zunächst, weshalb die volkswirtschaftliche Warennachfrage gestärkt werden soll, wenn der Staat sich übermäßig verschuldet. Zwei Hauptfälle können unterschieden werden.

Erster Hauptfall: In diesem Fall wächst das Nationaleinkommen im Geldmaß proportional zur Gesamtarbeitszeit der Volkswirtschaft, so daß im volkswirtschaftlichen Durchschnitt durch eine Stunde Arbeit immer das gleiche Geldeinkommen produziert wird, sagen wir 50€ pro Stunde. Dadurch ist das Nationaleinkommen bei gegebenem Gesamtaufwand an Arbeitszeit auf einen bestimmten Geldbetrag festgelegt und kann nicht durch Geldentwertung ins Uferlose vergrößert werden.

Das im Jahr produzierte Nationaleinkommen in Naturalform repräsentiert eine ganz bestimmte Menge an Konsumgütern und zusätzlichen Investitionsgütern für die erweiterte Reproduktion, welches bei einem Gesamtaufwand an Arbeitszeit im Jahr von z.B. 60 Mrd. Stunden durch einen bestimmten Geldbetrag ausgedrückt wird, d.h. im Beispiel durch das Nationaleinkommen von $50\text{€}/\text{h} \cdot 60\text{Mrd.h} = 3000\text{Mrd.€}$. Also die 3000Mrd.€ Nationaleinkommen repräsentieren in diesem Fall eine ganz bestimmte Menge an Gütern in Naturalform, für deren Produktion 60Mrd. Stunden Arbeit aufgewandt wurden.

Einen Teil des Nationaleinkommens in Geldform erhält der Staat, sagen wir 1000Mrd. €. Ein Teil dieses Geldes, also ein Teil der 1000Mrd.€, wird durch den Staat umverteilt, Geld, welches privaten Haushalten und/oder Unternehmen zu Gute kommt, die damit Waren nachfragen und kaufen können. Mit dem restlichen Teil des Geldes kann der Staat selbst Waren nachfragen und kaufen, darunter z.B. Bauten der Infrastruktur.

Solange der Staat seine Schulden nicht vergrößert oder abbaut, solange also seine Kreditaufnahmen gleichgroß seinen Kredittilgungen sind, verliert der Staat zwar, in Abhängigkeit vom Schuldenstand, an möglicher Warenkaufkraft infolge seiner Zinsausgaben, aber die Zinszahlungen des Staates erhalten andere Wirtschaftssubjekte, die damit Waren kaufen können. Wenn z.B. beim Nationaleinkommen von 3000Mrd. € der Staat 1000Mrd. € Steuern und Abgaben eintreibt und davon durch Umverteilung 500Mrd.€ an andere Wirtschaftssubjekte zurückgibt, und wenn seine Zinsausgaben 50Mrd.€ betragen, und wenn er seine Schulden nicht vergrößert oder verkleinert, dann bleiben ihm 450Mrd. € für Käufe von Waren, darunter Bauten und Ausrüstungen. Der Staat fragt damit Waren im Wert von 450 Mrd.€ nach, und mit dem Rest von 2550Mrd.€ fragen die anderen Wirtschaftseinheiten Konsumgüter und zusätzliche Investitionsgüter nach, so daß die Gesamtnachfrage nach diesen Gütern unverändert 3000Mrd.€ beträgt. In diesem ersten Hauptfall stimmt die Nachfrage nach Konsumgütern und zusätzlichen Investitionsgütern im Geldmaß also mit dem Nationaleinkommen überein.

Im ersten Hauptfall wächst das Nationaleinkommen des Jahres in Geldform, wie gesagt, nicht schneller und nicht langsamer als die insgesamt aufgewandte Arbeitszeit. Es besteht eine unveränderliche Proportion zwischen insgesamt in der Volkswirtschaft aufgewandter Arbeitszeit und dem Nationaleinkommen nominal. Wenn im Beispiel das Nationaleinkommen von 3000Mrd.€ in dieser oder jener Portion auf diese und jene Haushalte und Unternehmen oder Klassen und Gruppen aufgeteilt wird, oder wenn es irgend wie durch den Staat umverteilt wird, dann ändert sich nichts am Nationaleinkommen nominal im Gesamtbetrag von 3000Mrd.€, und es werden, bei ungestörter Zirkulation, Konsumgüter und zusätzliche Investitionsgüter im Wert von 3000Mrd.€ nachgefragt. Die staatliche Umverteilungsbürokratie ist mit Hinsicht auf dem Gesamtbetrag an Kaufkraft im Geldbetrag belanglos. Ob Max Meier 100.000€ mehr und Fritz Müller 100.000€ weniger Geld zur Verfügung steht, ist für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage insgesamt belanglos. Max Meier wird dies allerdings anders sehen.

Setzt man zunächst diesen Fall eines durch die aufgewandte Arbeitszeit gegebenen festen Geldeinkommens voraus, und vergrößert der Staat seine Schulden, und stammt dieses Leihgeld aus freigesetztem Geldeinkommen anderer Wirtschaftsubjekte, dann wird die Leihgeldvergabe an den Staat zwar vergrößert, aber die Leihgeldvergabe an andere Wirtschaftsubjekte wird um den gleichen Betrag verkleinert. Damit vergrößern die größeren Schulden des Staates zwar die Warenkaufkraft des Staates, aber das Leihgeld fehlt in diesem Fall an andere Stelle, an der die Warennachfrage um den gleichen Betrag verkleinert wird. Also die größere Verschuldung des Staates vergrößert die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage nicht, wenn die zirkulierende Gesamt-Leihgeldmenge unverändert bleibt und nur unterschiedlich aufgeteilt wird.

Zweiter Hauptfall. In diesem Fall wird die Gesamtwarennachfrage nominal der Volkswirtschaft, bei gleichem Gesamtarbeitszeitaufwand, vergrößert, indem die zirkulierende Geldmenge vergrößert wird, indem also insgesamt mehr Geld im Jahr für Warenkäufe zur Verfügung gestellt wird. Wie auch immer das Nationaleinkommen aufgeteilt und umverteilt wird, die Gesamt-Warennachfrage nominal steigt nur dann, wenn insgesamt mehr Geld für Warenkäufe zur Verfügung gestellt wird, wenn also mehr Geld in den Warenkreislauf gepumpt wird.

Quelle des zusätzlichen Geldes, das in den Warenkreislauf gepumpt wird, kann eine Verringerung von Geldreserven sein, oder eine Verringerung der zirkulierenden Geldmenge in der Spekulationssphäre oder in der Leihgeldsphäre, oder eine Geldschöpfung, z.B. eine Bargeldproduktion. Woher das Geld aber auch immer stammt, welches zusätzlich in den Warenkreislauf gepumpt wird, die Wirkung auf dem Warenmarkt ist immer die genau gleiche, d.h. wenn die produzierte Warenmenge mit mehr Geld nachgefragt wird, dann steigen, unter sonst gleichen Umständen, die Warenpreise, und es ist dabei vollkommen gleichgültig, aus welcher Quelle das Geld in den Warenkreislauf gelangt ist. Drückt die Notenbank zusätzliches Geld und leiht sie es dem Staat, und landet das Geld schließlich auf diesem oder jenem Weg bei diesem oder jenen Warenkäufer, dann führt dies zu einem Preisauftrieb, und zwar in genau gleicher Weise, wie Geld aus einer

anderen Quelle. Ob das zusätzliche Geld aus dem Sparstrumpf oder aus dem privaten Wandtresor oder aus dem Versteck im Kohlenkeller kommt, ist völlig belanglos, wenn es die gleiche Geldmenge ist wie die aus der Gelddruckmaschine. Die Notenbank kann allerdings im allgemeinen Prinzip die Geldschöpfung beliebig steigern, sie kann z.B. statt 100-Euro-Scheine 100-Millionen-Euro-Scheine drucken lassen. Im Gegensatz zum Sparstrumpf kann also aus der Gelddruckmaschine beliebig viel Geld "herausgeholt" werden, wenn es politisch gewollt ist. Woher das Geld kommt, ist aber für die Wirkung auf dem Warenmarkt, wie gesagt, völlig belanglos, entscheidend für die preistreibende Wirkung ist nur die Geldmenge in ihrem Betrag, die im Warenkreislauf ankommt.

Die Preise auf dem Warenmarkt hängen zwar nicht **nur** von der zirkulierenden Geldmenge ab, sondern auch von Überangeboten und Übernachfragen sowie von steigender oder sinkender Arbeitsproduktivität, und teilweise und zeitweilige sind stochastische Schwankungen der Preise möglich. Aber unter sonst gleichen Umständen führt eine Vergrößerung der zirkulierenden Geldmenge zu steigenden Preisen. **Unter sonst gleichen Umständen steigen auf dem Warenmarkt die Preise, wenn mehr Geld in den Warenkreislauf gepumpt wird.** Wenn der Staat seine Schulden **stark vergrößert** und wenn das zusätzliche Leihgeld des Staates nicht anderen Wirtschaftssubjekten entzogen wird, sondern aus der Notenpresse kommt, dann sorgt der Staat, unter sonst gleichen Umständen, für einen **starken Preisaufrtrieb**. Die zirkulierende Geldmenge im Warenkreislauf kann z.B. verdoppelt werden, unter sonst gleichen Umständen verdoppeln sich dann die Preise. Mit der sehr viel größeren Geldmenge können daher insgesamt nicht größere Warenmengen gekauft werden. Die nominale Warennachfrage steigt, aber die Warennachfrage real bleibt, unter sonst gleichen Umständen, unverändert.

Wenn die Geldmenge, über die der Staat infolge großer Schuldenaufnahmen verfügt, schneller wächst, als die Geldmenge die anderen Wirtschaftseinheiten zur Verfügung gestellt wird, und zwar indem sich der Staat das Leihgeld aus der Notenpresse holt, und wenn der Staat mit dieser zusätzlichen Geldmenge z.B. Autobahnen bauen läßt, dann vergrößert sich natürlich die nominale Nachfrage nach diesen Bauwerken und es werden in dieser Branche zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Wenn aber die Geldmenge der Volkswirtschaft insgesamt langsamer wächst als die Geldmenge über die der Staat verfügt, dann steht der Vergrößerung der Warenkaufkraft real des Staates eine gleichgroße Verkleinerung der Warenkaufkraft real anderer Wirtschaftseinheiten gegenüber. Was der Staat an Warennachfrage real gewinnt, verlieren, unter sonst gleichen Umständen, irgendwelche anderen Wirtschaftssubjekte an Warenkaufkraft real. Der Staat schafft Arbeitsplätze an dieser oder jener Stelle, und vernichtet gleich viele Arbeitsplätze an anderer Stelle. Doch man sieht nur die Erfolge, die Verluste sieht man nicht.

Wenn der Staat die Nachfrage nach vermeintlichen "Schlüsselprodukten" fördert, wenn er z.B. einige Tausend Euro für den Kauf eines PKW zuschießt, dann ist es eventuell möglich, daß erheblich mehr PKWs gekauft werden, aber natürlich fehlt dem Staat in diesem Fall, unter sonst gleichen Umständen, genau die gleiche Geldmenge für eigene Warenkäufe, die er den PKW-Käufern gegeben hat. Es werden dadurch z.B. mehr PKW

im Wert von 100Mill.€ gekauft und weniger Ausrüstungen für Schulen und Krankenhäuser im Wert von 100Mill.€. Die Gesamt-Warennachfrage nominal in der Volkswirtschaft wird durch solche Geldumverteilungsmaßnahmen, bei gleichen Gesamtausgaben, nicht größer, der Bürokrat im Apparat regelt nur die Aufteilung der Warennachfrage im einzelnen anders als sie sich auf dem natürlichen Markt einstellen würde.

Holt der Staat große Geldmengen aus der Notenpresse und vergrößert er auf diese Weise die Gesamtausgaben für Warenkäufe in der Volkswirtschaft, und behauptet man, daß infolge dessen insgesamt größere Warenmengen gekauft werden können, dann hat man die Gedankengänge an derjenigen Stelle abgebrochen, ab der die Sache nicht mehr so einfach zu durchschauen ist. Unter anderem betrachten diese Experten die Wirkung der größeren zirkulierenden Geldmenge auf die Preisbildung auf dem Warenmarkt nicht, und zwar schon deshalb nicht, weil sie nicht die Schwierigkeiten in der komplizierten ökonomischen Realität sehen wollen, sondern weil sie um jeden Preis ein Erfolgsrezept präsentieren und auf den Politbühnen verkaufen wollen.

Nur dem Anschein nach wird die zur Verfügung stehende Geldmenge größer, wenn zusätzliches Geld aus der Notenpresse geholt wird. Man verfügt dann zwar über mehr Geld im Zahlenbetrag, aber der Wert, der zur Verfügung steht, ist auf Grund der Preissteigerungen letztlich nicht größer geworden, sondern er wird nur mit einem anderen Maß gemessen. Ein Schreibtisch z.B. wird nicht länger, wenn man seine Länge zunächst mit einem gedehnten Gummimaßband mißt, und wenn er später mit dem weniger gedehnten Maßband gemessen wird. Letztlich steht im Wertmaß nicht mehr Geld zur Verfügung, wenn mit einem anderen Maß bzw. wenn mit einer auf Grund der Preissteigerungen entwerteten Geldeinheit gemessen wird. Nur dem Anschein nach vergrößert sich das Geldeinkommen, wenn der Staat sich Geld aus der Notenpresse leiht.

Durch stark beschleunigte Verschuldung eines hoch verschuldeten Staates rückt allerdings der Staatsbankrott näher. Zum Beispiel Island und Ungarn haben den Gipfel der keynesianischen Verschuldung schon erreicht. Die Konjunktur können keynesianische Konjunkturprogramme nicht in Gang setzen, aber sie können großen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten.

Die Gesamtwarennachfrage real der Volkswirtschaft oder der Weltwirtschaft kann, unter sonst gleichen Umständen, durch Staatsverschuldung mit Geld aus der Notenpresse also nicht vergrößert werden. Die Gesetzte der Preisbildung auf dem Warenmarkt verhindern, daß eine größere Geldmenge bzw. eine größere Nachfrage nominal zu einer größeren Nachfrage real führt, abgesehen natürlich von möglichen zeitweiligen Oszillationen. Daß die keynesianischen Konjunkturprogramme letztlich tatsächlich wirkungslos sind, zeigt die Erfahrung. Auch die riesigsten keynesianischen Konjunkturpakete konnten in der Vergangenheit die Krisenzyklen nicht glätten. Ein Blick auf die historischen Statistiken der Wachstumsraten der Produktion genügt, um sich von dieser Tatsache zu überzeugen. Für die Zukunft versprechen die Keynesianer immer den Erfolg, und für die Vergangenheit preisen sie die Erfolge von Plisch und Plum.